

Mariahilfer Klimaschutzpreis, KliP 6

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der SPÖ, der Grünen, der FPÖ, der ÖVP sowie von NEOS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen: Herr Bezirksvorsteher Markus Rumelhart wird ersucht, den Mariahilfer Klimaschutzpreis, KliP 6, ins Leben zu rufen und in Zusammenarbeit mit dem Klimabündnis Österreich in Mariahilf auszuloben.

Der Mariahilfer Klimaschutzpreis umfasst die Kategorien „Ideen“ und „Projekte“. Beim KliP 6 einreichen können: Einzelpersonen, Nichtgewinnorientierte Organisationen, Vereine, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Schulen und Kinder bis 14 Jahre.

Der Mariahilfer Klimaschutzpreis soll im Frühjahr 2021 ausgeschrieben werden.

Begründung

Seit Mai 2019 ist Mariahilf ein Klimabündnis Bezirk und bekennt sich zum aktiven und nachhaltigen Klima- und Umweltschutz im Rahmen seines Einflussbereiches.

Der Klimabeirat Mariahilf hat nach seiner Konstituierung im September 2019 kontinuierlich gearbeitet und mit Juni 2020 das „Leitbild – Klimabeirat Mariahilf, Klimaschutz- und Klimawandelanpassungen im 6. Wiener Gemeindebezirk“ veröffentlicht.

Entsprechend dem Grundprinzip „Kooperation“ des Leitbildes und seinem Handlungsfeld 7. „Öffentlichkeitsarbeit & Transparenz“, möge der Mariahilfer Klimaschutzpreis, KliP 6 ausgerufen werden, damit auf gesellschaftlicher Ebene im Bezirk durch diesen Preis Mariahilfer Bürgerinnen und Bürgern und im Bezirk arbeitenden Menschen die Möglichkeit gegeben wird, mit ihren Ideen und Umsetzungen zum Klima- und Umweltschutz einen aktiven Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Mariahilf zu leisten.

Für den Mariahilfer Klimaschutzpreis sowie für öffentlichkeitswirksame sollen Maßnahmen für die Mariahilfer Bevölkerung der Bezirk € 15.000,- zur Verfügung gestellt werden.

Mülltrennungssystem auf der Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, SPÖ Mariahilf, ÖVP Mariahilf und der NEOS Mariahilf stellen zu der Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2020 gemäß § 24 GO BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48 und MA 19) werden gebeten, die Möglichkeit der Aufstellung von Mistkübeln abseits der großen bestehenden Altstoffe- und Restmüllcontainern, welche eine adäquate Trennung des Mülls entlang der Mariahilfer Straße ermöglichen, zu überprüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung

Auf der stark frequentierten Mariahilfer Straße hätte ein auf die Verhältnisse angepasstes Mülltrennungssystem abseits der großen Altstoffe- und Restmüllcontainer eine positive Auswirkung auf die Ökobilanz, da weniger Abfall im Restmüll landen würde.

Maßnahmen für Mariahilf bei Umsetzung der verkehrsberuhigten Innenstadt

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin und Vizebürgermeisterin Birgit Hebein zu ersuchen ein Maßnahmenpaket, in dem

- die Ausweitung des AnrainerInnenparkens,
- ein Garagenprogramm der Stadt Wien,
- ein Investitionsbudget für bauliche Anpassungen und
- ein Konzept für den öffentlichen Verkehr

vorgesehen sind, zu realisieren, um den Auswirkungen der Verkehrsmaßnahmen im 1. Bezirk, für die Mariahilfer Bevölkerung, entgegenzuwirken.

Begründung

Eine Verkehrsberuhigung in der Innenstadt wird Auswirkungen auf die Verkehrssituation in Mariahilf nach sich ziehen. Vor allem im Bezug auf die Parkplatzsituation ist zu erwarten, dass jene Autos, die dann nicht mehr im 1. Bezirk parken dürfen, auf die umliegenden Bezirke ausweichen und lässt massive Verschlechterungen für die BewohnerInnen Mariahilfs vermuten.

Es braucht deshalb eine Aufstockung der AnrainerInnenparkplätze, denn der Stellplatzdruck ist bereits jetzt sehr hoch. Eine Attraktivierung der Großgaragen wäre zudem ein wichtiger Schritt um vorhandene Stellflächen nutzbar zu machen. Zu einer Garagenoffensive braucht es auch ein Konzept für den öffentlichen Verkehr, vor allem auch Maßnahmen wie zusätzliche Busse.

Für die baulichen Anpassungen von Verkehrsflächen werden umfangreiche Investitionen auf Mariahilf zukommen. Diese Investitionslast muss über ein gesondertes Budget abgedeckt werden und darf nicht zu Lasten des Bezirksbudgets erfolgen.

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich dafür aus, dass die Gedenksteine "Erinnern für die Zukunft" unter Denkmalschutz gestellt werden sollen.

Denkmalschutz für „Erinnern für die Zukunft“

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. September 2020 gemäß §19 Abs. 5 GO BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich dafür aus, dass die Gedenksteine "Erinnern für die Zukunft" unter Denkmalschutz gestellt werden sollen.

Antisemitische und rassistische Taten nehmen in jüngster Vergangenheit nicht nur in Österreich zu, wie z. B. in Graz. Diesen Tendenzen muss mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. In Mariahilf sind ja von den Nationalsozialisten mehr als achthundert Unschuldige aus rassistischen, politischen, religiösen und Gründen ihrer Behinderung bzw. sexuellen Orientierung, deportiert und ermordet worden.

Anlässlich des Gedenkjahrs 2008 wurden bleibende Gedenkobjekte geschaffen – als Mahnung und um Ähnliches in Gegenwart und Zukunft hintanzuhalten. Mit „Erinnern für die Zukunft“ wird seither namentlich aller Opfer des Nationalsozialismus' gedacht, die ihren letzten Wohnsitz im Bezirk hatten. Es ist damit die umfassendste Initiative jedenfalls in Österreich, siehe

https://de.wikipedia.org/wiki/Erinnern_f%C3%BCr_die_Zukunft .

Mit dem Denkmalschutz sollen mehrere Ziele erreicht werden. Zuvorderst die Aufrechterhaltung des physischen Schutzes der Gedenkobjekte; darüber hinaus gilt es mit der besonderen symbolischen Geste, ein Zeichen in der Öffentlichkeit zu setzen: Durch die Aufnahme der Gedenkobjekte in die Liste der zu schützenden Denkmäler seitens Bundesdenkmalamts (BDA) soll dokumentiert werden, dass das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus' ein gesamtgesellschaftliches Anliegen auch in Zukunft und auch unter jedweden politischen Verhältnissen bleiben muss. Letztlich wird damit - lt. Auskunft des BDA - auch denkmalschützerisches Neuland betreten und ein Beispielhandlung gesetzt werden, wie auch durch das vollständige namentliche Gedenken an alle NS-Opfer. Unberührt davon bleibt die Verantwortung für Pflege und Instandhaltung durch die MA7.

Denkmalschutz dient generell dem Schutz von Kulturdenkmälern im weitesten Sinne. Sein Ziel ist es immer, dafür zu sorgen, dass Denkmäler dauerhaft erhalten und nicht verfälscht, beschädigt, beeinträchtigt oder zerstört werden und so dauerhaft gesichert werden. An ihn sind zudem Aspekte der Erinnerungskultur und des kulturellen

Gedächtnisses ebenso geknüpft, wie Fragen nach dem Begriff der Öffentlichkeit und Dauerhaftigkeit und dem inhaltlichen Aspekt des Denkmals. Der „Tag des Denkmals“ am 27. September kann zum Anlass genommen werden, die Gedenkobjekte von „Erinnern für die Zukunft“ in Mariahilf unter einen besonders vorbildlichen Schutz zu stellen.

Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingslagern in der Europäischen Union

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der SPÖ-Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. September 2020 gemäß §19 Abs. 5 GO BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf unterstützt die vom Wiener Gemeinderat am 30.6.2020 bzw. die im Wiener Landtag am 31.8.2020 beschlossenen Initiativen betreffend „*Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern aus dem Lager Moria*“ bzw. „*Appell an die Bundesregierung sich am EU-Programm für die Aufnahme von schutzbedürftigen Kindern zu beteiligen*“.

Begründung

Die Zustände für Kinder, nach dem verheerenden Brand des Flüchtlingslagers im griechischen Moria, sind erschreckend. Es darf nicht länger weggeschaut werden. Es geht um Kinderleben und es gibt aus humanitärer Sicht die politische Verpflichtung Leben zu retten! Es ist das Gebot der Stunde, dass Österreich umgehend Kinder aus dem zerstörten Flüchtlingslager aufnimmt. Deutschland und Luxemburg sind mit positivem Beispiel vorangegangen und haben sich am EU-Programm beteiligt.

Damit die Kinder eine Zukunft haben und die Menschlichkeit eine Chance erhält bedarf es auf Bundesebene des politischen Willens.

Die Zustände, ganz besonders für Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern am Balkan und in Griechenland, sind unmenschlich und katastrophal. Viele haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, sie leiden anstatt zu leben. Die COVID-19 Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft. Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche in diesen Lagern gefangen. UNICEF und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR versuchen vor Ort zu helfen, so gut es geht.

Für die Europäische Union, die sich in ihrem Vertrag über die Europäische Union auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande. Die Europäische Union hat nun sehr langsam begonnen zu handeln und unbegleitete Kinder und Jugendliche aus diesen Lagern europaweit in menschenwürdige Lebensverhältnisse bringen. Deutschland geht mit gutem Beispiel voran und will nach den 47 Kindern im Mai weitere 350 bis

500 Kinder und Jugendliche aus diesen schrecklichen Zuständen holen. Luxemburg hat ebenso schon Kinder und Jugendliche aufgenommen. Auch Österreich sollte als Teil der Europäischen Union einen Beitrag leisten.

Das Bündnis SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen.